

Unbeliebte Öko-Juristen

Die Abteilung der Brüsseler EG-Kommission, die über die Umsetzung und Anwendung der Umweltrichtlinien wacht, soll aufgelöst werden. Entsprechende Planspiele werden derzeit von Brüsseler Beamten angestellt. Die Brüsseler Öko-Juristen haben sich in fast allen Mitgliedstaaten und auch bei Kommissionspräsident Jacques Delors unbeliebt gemacht. Weil die Umwelt-Beamten in Frankreich auf die Einhaltung der Vogelschutzrichtlinie dringen, protestieren die französischen Jäger. In Großbritannien verärgerten die Brüsseler Juristen die Regierung, weil sie die Überschreitung der EG-Wasserstandards monierten, und in Spanien und Portugal verlangten sie zum Ärger der Regierungen Umweltverträglichkeitsprüfungen beim Bau von Autobahnen und Staudämmen. Für den ehemaligen Umweltkommissar Carlo Ripa di Meana, der sich enttäuscht nach Rom zurückgezogen hat, ist diese Abteilung „das einzig schlagkräftige Instrument, um in Europa Umweltpolitik durchzusetzen“. Mehrere Sachbearbeiter der stets überlasteten Abteilung wurden bereits entlassen.

Rechtswidriger Eingriff

Das erste Maßnahmegesetz des CDU-Verkehrsministers Günther Krause wird vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Alfred Einwag, heftig kritisiert. Krause hatte das Gesetz auf den Weg gebracht, um beim Bau der Bundesbahn-Hochgeschwindigkeitsstrecke Hannover-Berlin die Südfahrt des Ortes Stendal schneller zu verwirklichen, als es die an Fristen gebundene Verwaltung könnte. Dem Gesetzentwurf haben die Beamten des Verkehrsministers sämtliche Planungsunterlagen beigelegt – und dabei nach Ansicht Einwags gegen Datenschutzbestimmungen verstoßen. So finden sich im „Grundenerwerbsverzeichnis“ nicht nur Namen und Adressen der Eigentümer, sondern auch Angaben über Belastungen von Grundstücken; teilweise sind Personen



Einwag

namentlich aufgeführt, die Antrag auf Rückübertragung von Grundeigentum gestellt haben. Einen besonders krassen Verstoß gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sieht der oberste Datenschützer im Abdruck der Namen und Adressen jener Bürger, die Einwendungen gegen die Baupläne erhoben haben. Von Krause fordert Ein-



Homann

Vernichtendes Urteil

Das vergangene Woche umgebildete Kabinett des Thüringer Ministerpräsidenten Bernhard Vogel wird womöglich nicht allzu lange Bestand haben. In der Erfurter Hotel-Affäre rückt der für die Liegenschaften des Landes verantwortliche Finanzminister Klaus Zeh (CDU)

immer mehr ins Rampenlicht. Das Land sowie die Stadt Erfurt hatten das Großhotel „Thüringen“ zu besonders günstigen Bedingungen an den ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi, Jürgen Homann, verpachtet (SPIEGEL 28/1992). Ein vom Zeh-Ministerium in

wag nun, er möge den „rechtswidrigen Eingriff“ in das „Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung“ schleunigst beheben: „Dazu käme insbesondere ein Rückruf“ der dem Gesetzentwurf beigelegten „Anlagen mit personenbezogenen Daten in Betracht“.

Sie erhielt allein in diesem Jahr rund 40 Millionen Mark Zuschuß aus dem Staatshaushalt.

Lückenlose Erfassung

Beim Berliner SPD-Landesvorstand, in der Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters sowie beim Finanz- und Gesundheitssenator hatte die DDR bislang nicht enttarnte Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) eingesetzt. Dies geht aus Unterlagen der für West-Spionage zuständigen Hauptverwaltung Aufklärung hervor. Spionagechef Markus Wolf hatte persönlich 1974 die „lückenlose Erfassung aller operativ-bedeutsamen Erkenntnisse“ über das in West-Berlin geplante Umweltbundesamt angeordnet. Um die Wolf-Order zu einem „konzentrierten“ Großesatz zu erfüllen, aktivierte die MfS-„Verwaltung Groß-Berlin“ zehn West-Agenten. Die IM „Jutta“, „Frosch“ und „Maria“ waren als Dokumentenbeschaffer in Senatsdienststellen eingesetzt. „Eisenstein“, „Erler“ und „Giesbert“ berichteten aus den „Führungsgremien“ der damals regierenden SPD, Agentin „Helena“ aus dem Bezirksvorstand der Gewerkschaft ÖTV. Weitere sechs Kundschafter übernahm-

Wechsel mit Sinn

Die CDU findet immer neue Wege, die klamme Parteikasse zu entlasten – auf Kosten der Steuerzahler. In Zukunft soll allein die Bundestagsfraktion den fünfmal wöchentlich erscheinenden *Deutschland-Union-Dienst* herausgeben. Bislang war das Blatt laut Impressum der „Pressedienst der CDU/CSU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“, in dem vor allem Unions-Politiker der zweiten und dritten Reihe ihre Presseerklärungen veröffentlichen durften. Der Wechsel macht für die Partei Sinn: Der *Dienst*, der im Bonner Konrad-Adenauer-Haus produziert wird und dessen Druck und Verlag die unionsnahe Union Betriebs-GmbH betreibt, ist ein ständiges Verlustgeschäft. Und während die CDU gegen einen Schuldenberg von über 70 Millionen Mark zu kämpfen hat, verfügt die Fraktion über reichlich Steuergelder: